Protokoll:	Gemeinderat der Landeshauptstadt Stuttgart	Niederschrifts-Nr TOP:	254 10
	Verhandlung	Drucksache: GZ:	839/2012 AK 0501-04

Sitzungstermin:	06.12.2012
Sitzungsart:	öffentlich
Vorsitz:	EBM Föll
Berichterstattung:	-
Protokollführung:	Frau Gallmeister pö
Betreff:	Stellenplanrelevante Entscheidungen im Vorgriff auf den Stellenplan 2014

Vorgang:

Verwaltungsausschuss vom 05.12.2012, öffentlich, Nr. 423 Ergebnis: einmütige Zustimmung mit Ergänzung

Beratungsunterlage ist die Vorlage des Referats Allgemeine Verwaltung und Krankenhäuser vom 12.10.2012, GRDrs 839/2012, mit folgendem

Beschlussantrag:

1. Im Vorgriff auf den Stellenplan 2014 werden insgesamt 17,57 Stellen geschaffen.

Davon im Teilstellenplan

- des Bürgermeisteramts 1,0 Stelle (Anlage 5)
- des Haupt- und Personalamts 3,0 Stellen (Anlage 6)
- der Stadtkämmerei 1,0 Stelle (Anlage 7)
- des Amts für Umweltschutz 0,5 Stelle (Anlage 8)
- der Branddirektion 3,0 Stellen (Anlage 9)
- des Sozialamts 3,7 Stellen (Anlagen 10 und 11)
- des Jugendamts 1,0 Stelle (Anlage 12)
- des Amts für Stadtplanung und Stadterneuerung 1,0 Stelle (Anlage 13)

- des Stadtmessungsamts 0,37 Stelle (Anlage 14)
- des Baurechtsamts 3,0 Stellen (Anlage 15).
- 2. Der sofortigen Besetzung der Stellen wird zugestimmt.
- 3. Im Vorgriff auf den Stellenplan 2014 werden die KW-Vermerke an 17,29 Stellen verlängert und an 10,5 Stellen entfallen die KW-Vermerke (vgl. Übersicht Anlage 2 sowie Anlagen 16 bis 20).
- 4. Im Vorgriff auf den Stellenplan 2014 werden an 3,59 Stellen neue KW-Vermerke angebracht (vgl. Übersicht Anlage 3).
- 5. Im Vorgriff auf den Stellenplan 2014 werden 4,45 Stellen gestrichen (vgl. Übersicht Anlage 4).
- 6. Stellenplanrelevante Veränderungen im Teilstellenplan des Jobcenters werden gesondert mit GRDrs 815/2012 "Jobcenter, Geschäftsplan 2013" beraten und beschlossen.

Nachdem BM <u>Wölfle</u> das gestrige Votum des Verwaltungsausschusses kurz vorträgt, stellt EBM <u>Föll</u> folgendes Abstimmungsergebnis fest:

Der Gemeinderat <u>beschließt</u> einstimmig <u>wie</u> in GRDrs 839/2012 <u>beantragt</u> einschließlich der Ergänzung im Sinne des Antrags Nr. 381/2012 der CDU-Gemeinderatsfraktion, dass die kw-Vermerke an den 8,5 zum Stellenplan 2012 geschaffenen Stellen für die Bearbeitung der neuen Personalausweise in den Bürgerbüros um 2 Jahre auf kw 01/2016 verlängert werden.

zum Seitenanfang